

2. März 2025

## Prantls Blick

Die politische Wochenschau



**Prof. Dr. Heribert Prantl**

Kolumnist  
und  
Autor



Sehr geehrte Frau Dettmer-Finke,

Vielleicht sagen Sie jetzt: „Schon wieder!“ Ja, ich fordere das AfD-Verbot jetzt schon wieder und noch einmal und jetzt, nach dem großen Wahlerfolg der AfD, erst recht. Ich schreibe mir notfalls die Finger wund, um dafür zu werben, dass Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung (und am besten alle drei gemeinsam) beim höchsten Gericht in Karlsruhe einen Verbandsantrag gegen die AfD stellen. Ich habe das erste Mal schon im Juli 2019 für einen solchen Antrag plädiert.

Die AfD wird immer größer und zugleich immer radikaler. Sie verwandelt sich seit ihrer Gründung vor zwölf Jahren, sie nähert sich mehr und mehr dem final-gefährlichen, extremistischen Stadium. Die Partei- und Plakatfarbe der AfD ist blau; das finale Stadium ist – braun. Im neuen Bundestag sitzt die AfD als zweitstärkste Fraktion mit 152 Abgeordneten, darunter bekennende Neonazis. Aus einer ursprünglich rechtsbürgerlichen Partei wird eine nationalfaschistische; aus einer Rechtsaußenpartei eine Rechtsdraußenpartei. Die AfD rückt so dramatisch schnell nach rechtsdraußen, dass AfD-Radikale von gestern sich heute auf einmal in der Mitte der AfD wiederfinden. Alle bisherigen Vorsitzenden, also Bernd Lucke (2013 bis 2015), Frauke Petry (2015 bis 2017) und Jörg Meuthen (2017 bis 2022) haben die Partei wegen deren Radikalisierung verlassen. Alice Weidel und Tino Chrupalla, die derzeitigen Vorsitzenden, sind die Protagonisten der finalen Radikalisierung.

### **Verbot und Auflösung dieser Partei: Jetzt erst recht!**

Indes: Seit dem großen Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl vom 23. Februar ist auch in der öffentlichen Diskussion das Thema AfD-Verbot so gut wie verschwunden. Man solle diese Partei, so heißt es oft, doch nicht auf diese Weise zu einem Opfer machen. Das ist grundfalsch. Ist es besser, wenn immer mehr Menschen zum Opfer dieser Partei werden,

weil dort gegen sie gehetzt wird? Ist es besser, wenn die Demokratie ein Opfer dieser Partei wird? Gewiss: Ein Verbot schaltet den Rechtsextremismus nicht aus. Es zeigt aber, dass die wehrhafte Demokratie nicht nur so heißt, sondern eine ist. Natürlich lässt ein vom höchsten Gericht ausgesprochenes Verbot samt Auflösung der AfD den Rechtsextremismus nicht verschwinden; er existiert weiter, er löst sich mit der Partei nicht auf. Aber er wird dann nicht mehr großzügig vom Steuerzahler finanziert. Staatliche Gelder machen den größten Batzen der Einnahmen für die Partei und Fraktion der AfD aus, schon im Jahr 2022 waren das über zehn Millionen Euro. Die Zahl dürfte gegenwärtig noch viel höher sein, weil die Zahlungen mit der Zahl der Wähler steigen: Geld für den Druck von Plakaten und Veranstaltungen, auf denen das „System“ verhöhnt wird, das jene Verhöhnung finanziert. Hinzu kommen steuerliche Begünstigungen, die Diäten von Abgeordneten und Gehälter von Funktionsträgern, die die AfD mit Posten versorgt, sowie weitere Zuschüsse.

Erich Kästner hat 1932 seinen Gedichtband „Gesang zwischen den Stühlen“ mit dem Vierzeiler eröffnet: „Was auch immer geschieht: Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken.“ Das ist ein guter Ratschlag für heute. Die staatliche Parteienfinanzierung unterstellt den Parteien eine wichtige Rolle für das demokratische Gemeinwesen. Die Staatsgelder dürfen daher nicht an ein demagogisches und gemeines Gemein-Wesen namens AfD fließen.

Ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns eine Woche ohne neue Narrheiten in der Politik. Es beginnt ja die Fastenzeit.

***Heribert  
Prantl***

Kolumnist  
und Autor der  
Süddeutschen  
Zeitung